

Die letzten Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts waren vor allem durch eine Renaissance politischer Theorie gekennzeichnet. Ikonische Stellung kommt ohne Zweifel Rawls' *A Theory of Justice* aus dem Jahr 1971 zu. Auch wenn Rawls' Argument für Verteilungsgerichtigkeit im analytischen Vokabular des Rational Choice formuliert war und sich die Parteien im Urzustand wie rationale Nutzenmaximierer verhielten, so lag dessen Faszination doch gerade darin, dass nach Handlungsmaximen neoklassischer Ökonomie agierende Akteure nicht etwa den Markt als Gerechtigkeitsgenerator wählen würden, sondern eine Form des Wohlfahrtsstaates (183f.). Rodgers liefert in Kapitel 6 nicht nur eine theorieimmame Diskussion einflussreicher Bücher, sondern zeigt deren Wirkung auf Policy-Debatten. Ebenso wird deutlich, dass die Theoriebildung der 1970er und 80er Jahre keineswegs nur durch den globalen „Clash“ zweier Supermächte bestimmt war. Während Rawls aber noch auf die Begründung gemeinsamer, moralischer Grundlagen einer politischen Gemeinschaft zielte, hatte sich der konzeptuelle Bezugsrahmen über die folgenden eineinhalb Dekaden fast vollständig verändert. Nicht nur Konservativen erschien das Konzept einer nationalen Gemeinschaft als „nothing but a Trojan horse for the intrusion of the invasive therapeutic state“ (197). Auch in Michael Walzer's pluralistischer Vision der Gerechtigkeit in „Spheres of Justice“ war die Nation in „little platoons“ disgregiert. Die Orte zivilen gesellschaftlichen Engagements und die Reichweite gegenseitiger Verpflichtung waren ins Partikulare verlagert; der Rawls'sche Gesellschaftsvertrag in eine Vielzahl partieller Verträge zersplittert.

Rodgers' methodologische Innovationskraft ist nicht zuletzt an denjenigen Studien ablesbar, denen dessen Arbeiten als Maßstab dienten. Jüngst wäre hier Daniel Stedman Jones' überaus empfehlenswertes Buch „Masters of the Universe: Hayek, Friedman, and the Birth of Neoliberal Politics“ zu nennen. Vor dem Bruchgefüge der intellektuellen Diskurslandschaft am Ende des 20. Jahrhunderts und teils bis ins Absurde gesteigerten, theoretischen Binnendiskursen zeigt Rodgers' Studie gerade, dass sich diese neue Unübersichtlichkeit zu mehr als einem rein arbiträren Gesamtbild fügen lässt. Ein Bild, das, in Clifford Geertz's Worten, jenseits des „great simple“ westlicher, moderner politischer Theorie liegt. Dessen europäisches Pendant aber muss noch geschrieben werden.

*Christoph M. Michael*

Thies, Björn. *Co-Gruppen-Demokratie. Vorüberlegungen und Skizze zu einer institutionellen Demokratisierung moderner Gesellschaften*. Wiesbaden. Springer VS 2012. 328 Seiten. 36,99 €.

Demokratie und Demokratiereform gehören zu den wichtigsten Forschungsgegenstände der Politikwissenschaft, deren Bedeutung wiederum sogar wächst. Dies gilt vor allem angesichts der Herausforderungen, die sich seitens des politischen Systems und der Gesellschaft stellen. Dazu zählt zum einen die Komplexität modernen Regierens, welche sich aus der Entgrenzung politischer Problemlagen und Handlungsarenen ergibt und mit der ein Wandel der Staatstätigkeit oder gar Staatlichkeit einhergeht, und zum anderen der gesellschaftspolitische Wandel, welcher von wachsender Unzufriedenheit mit

der herkömmlichen repräsentativen Demokratie und einer sich intensivierenden Forderung nach mehr bürgerlicher Beteiligung gekennzeichnet ist. Eine Politikwissenschaft, die Demokratietheorie nicht nur als normatives, sondern auch als praktisches Unterfangen verstehen will, kapituliert jedoch nicht vor dieser Komplexität. Stattdessen bemüht sie sich ebenso um die Erforschung von Institutionen und Verfahren, die ein Gleichgewicht zwischen einer effektiven Problemlösungskapazität und angemessenen Beteiligungsmöglichkeiten aufrechterhalten könnten. Daraus folgt die Aufgabe, neben der Analyse von politischen Funktionen, Handlungen und Strukturen weitere Ansätze zur Fortentwicklung der Demokratie zu suchen. So oder ähnlich ließe sich jedenfalls Ausgangspunkt wie Motivation der hier zu besprechenden Schrift von *Björn Thies* resümieren. Im Zentrum dieser Studie, bei der es sich zugleich um die Dissertationsschrift des Autors handelt, steht der Konnex zwischen Fragen der politischen Steuerung und einer adäquaten Demokratisierung. Zum Einstieg stellt der Autor mit anregender Klarheit den Analyserahmen und dessen Grundprämissen her (13-17). Danach werden einige Facetten dargelegt, aus denen sich die Grundproblematik zwischen Regierbarkeit und Demokratisierung ergibt: Nach dem zweiten Kapitel zu den Grundannahmen der Methodik (beispielsweise zum Sozialwissenschaftsverständnis des Verfassers) werden im dritten Kapitel relevante gesellschaftstheoretische Überlegungen (insbesondere zur Differenzierung und Integration) erläutert; im nächsten Kapitel beschäftigt sich *Thies* mit organisationstheoretischen Konzepten; im fünften Kapitel werden Problematiken politischer Steu-

erung beleuchtet und mit den vorherigen Themenanalytisch verquickt. Indem Zweifel an Selbstregulierungsmodellen und somit die Notwendigkeit weitergehende institutionelle Lösungen begründet werden (153), werden die vorherigen Analysebausteine zu einem plausiblen Ausgangspunkt für die Beschäftigung mit Demokratiekonzepten und Demokratisierung im sechsten beziehungsweise siebten Kapitel – sowie dem eigenen Modellvorschlag im achten Kapitel – zusammengefügt. Bei den Demokratiekonzepten samt ihren Dilemmata wird die Verbindung zu den Herausforderungen für demokratisches Regieren – und somit die Kohärenz der Vorgehensweise insgesamt – untermauert (234). Verschiedene Demokratietarten werden in drei Grundtypen (liberal, republikanisch, deliberativ) zusammengefasst, und auf diese wird problematisierend eingegangen: beispielsweise die Mehrheitsregel und deren Grenzen (226-235), Probleme der Ungleichheit und damit Mitbestimmungsasymmetrie (239-247), sowie schwierige Öffentlichkeits- und Denationalisierungsprobleme (259-267). Diese Überlegungen veranlassen die Entwicklung des Co-Gruppen-Modells im finalen Kapitel, welches nach *Thies* unterschiedliche Demokratieprinzipien verwirklichen sollte (293ff.). Beim Reformvorschlag wird eine partizipative Ergänzung der bestehenden Institutionenordnung liberaler Demokratien um aleatorische Elemente entworfen. Zu den gewählten Vertretern in Repräsentationsorganen verschiedener Ebenen eines Gemeinwesens – für *Thies* ebenfalls vorstellbar zur Demokratisierung von Verbänden und Unternehmen – sollten Gruppen beigeordnet werden, die sich per Zufallsauswahl aus der Bevölkerungsgesamtheit heraus zusammensetzen. Als

„Nebenkanal“ (296) statt Parallelstruktur sind die Co-Gruppen-Mitglieder mit einem Stimm-, jedoch keinem Vetorecht auszustatten. Vorwürfe ließen sich am einfachsten gegen die praktischen Gesichtspunkte des Modells richten; dies voraussehend setzt sich der Autor mit einigen Einwänden, etwa zu den anfallenden Kosten (306ff.), auseinander. Dabei ist die Frage der Realisierbarkeit unerheblich für den Wert des Modells. Als problematisch erweist sich zum Schluss jedoch der Argumentationsgang, welcher eher von Behauptungen über die Vorteile des Modells als von einer konsistenten Plausibilisierung gekennzeichnet ist (298-303). Im Kontrast zur Behandlung anderer Konzepte bleibt der Umgang mit Repräsentation deutlich unterkomplex. Dabei ist Repräsentation zentral für die Begründung des eigenen Modells (beispielsweise 303). Zwar wird sie als Aspekt von Demokratie einbezogen (248-258), kommt aber nahezu ausschließlich im Sinne von Zahlenverhältnissen (Repräsentant geteilt durch Bevölkerungszahl) und demographischer Abbildung vor. Zudem beschränkt sich der Großteil der Ausführungen zu Repräsentation auf Verbände und deren interne Demokratie, ohne dass Repräsentationskonzepte gesondert thematisiert werden. Somit geht der Autor einseitig vor, in dem er (nur implizit) mit einem substantiellen oder spiegelbildorientierten Verständnis von Repräsentation operiert. Bezwifeln lässt sich mit Blick auf den Erwartungen des Autors an seinem Modell, ob politische und sachliche Unabhängigkeit und ein höheres Deliberationsniveau politischer Entscheidungsfindung aufgrund der zufälligen (und für *Thies* damit repräsentativeren) Zusammensetzung der Co-Gruppen eintreten sollten. Dass der ständige

Wechsel in der Gruppenzusammensetzung dem erhofften Gewinn an institutionellem Lernen eher entgegenstünde wird wiederum nicht problematisiert. Anders als im Buch postuliert, erscheint abschließend als der größte Verdienst dieser Studie weniger die Entwicklung eines neuen Reformmodells und seiner Namensgebung (296), obwohl dieser Versuch gewiss Beachtung verdient. Vielmehr zeigt *Thies* nachdrücklich, inwiefern Demokratisierungsreformen notwendig bleiben und wie dahingehende Überlegungen nicht nur von Idealtypen, sondern auch von institutionalistischen Perspektiven informiert werden können. Und schon deshalb ist sein Buch allemal für PolitologInnen verschiedener Teilbereiche und insbesondere für Interessenten an Demokratietheorie und -reform der Lektüre wert.

Jared Sonnicksen

Sigwart, Hans-Jörg. *Politische Hermeneutik. Verstehen, Politik und Kritik bei John Dewey und Hannah Arendt*. Würzburg. Königshausen & Neumann 2012. 536 Seiten. 68,00 €

Die politische Theorie und Ideengeschichte ist ein Forschungsbereich, in dem auf sehr unterschiedliche Weise darüber nachgedacht wird, was das Politische ist, worin die Funktion der Politik für gesellschaftliche Integration besteht und welche Rolle dabei der politischen Theorie zukommt. In diesem weiten Feld der methodischen Diskussionen um eine angemessene Beschreibung des Politischen ist die rekonstruktiv-hermeneutische Studie von *Hans-Jörg Sigwart* zu verorten: Das Politische wird hier als ein partizipativer Modus interpretativer Selbst-